

Eurasisches Schachbrett

Bundeswehreinsetzung: „Politik statt Soldaten“, FR-Meinung vom 8. Juli

Die USA fordern deutsche Truppen in Syrien. Weshalb? Um den IS zu bekämpfen. Laut Trump ist der aber schon besiegt? Was soll das?

Seit 20 Jahren steht ein Buch in meinem Bücherregal: Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Die Originalausgabe ist 1997 erschienen. Z.B. ging es damals um die Ausbreitung westlicher Werte (Freiheit, Menschenrechte). Das ist ein Thema des Buches. Das Grundthema steht im Vorwort: „Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird.“

Wovor haben die Schachfiguren (wir alle) eigentlich Angst? Vor russischen Panzerarmeen, vor chinesischen Billigprodukten? Brauchen wir wirklich den Schutz der USA? Der Russe ist längst da, in den USA. Die Demokratische Partei versucht, Trump damit zu ärgern, dass sie ihm unterstellt, dass die Russen an seinem Wahlsieg Schuld seien. Oder waren es nicht doch die Internetfirmen, die Steve Bannon oder andere reiche amerikanische Faschisten bezahlt haben? Ein Henry Ford hat auch Hitler unterstützt.

Aber was ist Realität und was Einbildung? Wegen welcher Bedrohung sollen also deutsche Kampftruppen nach Syrien? Wer verdient an einem möglichen Krieg gegen den Iran?

Heiner Mesch, Attendorf

Versagter Dienst

Martin Dulig: „Die nächste Stufe des Hasses“, FR-Politik vom 1. Juli

In Ihrem Artikel steht, die Ermittlungsbeamten versuchten herauszufinden, von welchem Computer die Bestellung der Soft-Air-Waffe aufgegeben wurde. „Doch die dafür nötige IP-Adresse gibt der Internetprovider nicht heraus.“ Aha. Bei illegalen Musikdownloads werden IP-Adressen bereitwillig weitergegeben, bei drohendem politisch motiviertem Mord mit rechtsterroristischem Hintergrund aber nicht? In den wenigen Fällen, wo die – zu unserer „Sicherheit“ gesetzlich vorgeschriebene – Datensammelwut der Provider ausnahmsweise nützlich sein könnten, versagt sie ihren Dienst.

David Paenson, Frankfurt

SORRY

Die Panzerschlacht von Prochorowka, von der im Artikel „Streit über teuer erkaufte Sieg“ (12.7., S. 28) die Rede ist, fand im Jahr 1943 statt. Also vor 76 Jahren, nicht vor 67, wie wir in der Unterzeile geschrieben hatten.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika diskutiert mit Prof. Ulrich Raulff, der soeben zum neuen Präsidenten des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) ernannt worden ist, und Fritz Kuhn (OB Stuttgart, Grüne) „Zur Kritik der politischen Sprache“: Wie hat sich politische Rede in den vergangenen Jahren verändert?

23. Juli 2019, 18 Uhr
Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1, Großer Saal

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

5. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.

19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.

24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Das ganze Elend der Flüchtlingspolitik

Seenotrettung: „Eine weitere Hängepartie im Mittelmeer“ u. „Menschlichkeit fehlt“, FR-Politik v. 6.7. und Meinung vom 9.7.

Europa drückt sich vor der Verantwortung

Man kann sich zu recht über Italiens Innenminister Salvini harte Linie ärgern. Das ganze Elend dieser tödlichen Flüchtlingspolitik spiegelt sich jedoch in der desaströsen EU- und einer Verweigerungs-Politik Deutschlands wider. Der im persönlichen Stillstand befindliche Innenminister Seehofer reagiert gar nicht auf die Angebote der Städte in Deutschland, Rettungsschiff-Flüchtlinge aufzunehmen. Die EU ist unfähig, auch nur Lösungsbereitschaft zu zeigen und einen Rettungsplan zu haben. „Sea Watch 3“ und die anderen Hilfsorganisationen mit ihren Rettern und Geretteten werden alleine gelassen. Ebenso Italien – trotz Salvini. Nun landen mal die überlebenden Flüchtlinge an den Küsten und Häfen Italiens, und der Rest Europas drückt sich vor internationaler Verantwortung. Wenn die Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete die Bundesregierung kritisiert, dann ist das nicht nur die richtige Adresse, sondern man sollte das als eine Anklage einer menschenverachtenden Aussitzpolitik werten. Es wäre aber jetzt viel zu leicht, diese Anklage nur an einen fraglos hartgesottenen Matteo Salvini zu adressieren. „Italien beabsichtigt nicht, weiterhin der einzige ‚Hotspot von Europa zu sein.“ Mit dieser Aussage hat Salvini recht! Jürgen Malyssek, Wiesbaden

Kapitänin Rackete hätte anders handeln können

Landauf landab bewegt es die Gemüter, was Carola Rackete dazu bewegte, die Einfahrt in den Hafen von Lampedusa zu erzwingen. Ist sie nun eine Heldin oder eine Verbrecherin? Vorab: Gerade wir Deutschen gehen mit Gesetzesbrechern hart ins Geschäft. Durch die italienischen Behörden war es Frau Rackete untersagt, in den Hafen mit ihrem Schiff einzulaufen. Dennoch tat sie es. Hätte sie anders handeln können? Ich mei-



Das Bündnis „Seebrücke“ demonstrierte in Frankfurt. MICHAEL SCHICK

ne ja. Die Schiffbrüchigen nach Libyen zurück zu bringen ist nicht erlaubt. Aber in andere Häfen Afrikas – Ägypten, Tunesien oder Algerien wäre es möglich gewesen. Aber Kapitänin Rackete wollte den Migranten eine bessere Zukunft in Europa bieten. Was ist wichtiger, Leben zu retten oder die Zukunft?

Jürgen Hempel, Lüneburg

Eine Überdosis Moral kann schädliche Folgen haben

Kann es im Bestreben, gut und edel zu sein, auch Grenzen geben? Ich denke ja! Es muss doch auch um die Balance zwischen Zuzugssteuerung und Integrationsförderung gehen. Alles was mit einer Überdosis verabreicht wird, ist schädlich. Auch Moral, so wichtig sie ist, kann mit einer Überdosis fatale Folgen haben.

Frau Rackete und ihre Unterstützer setzen sich in ihrer moralischen Überhöhung über alles hinweg. Über Gesetze, aber auch über Verhältnismäßigkeiten und über Nutzen und Schaden. Da entscheidet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass auf dem Schiff niemand gefährdet sei. Eine Notlage gab es offensichtlich nicht. Trotz Verbots entscheidet Frau Rackete aus eigener gesinnungsethischer Machtvollkommenheit, die Gesetze eines demokratisch verfass-

ten Landes – Italiens – für obsolet zu erklären und läuft in Lampedusa ein. In Deutschland äußert sich danach der höchste Repräsentant des Staates, Bundespräsident Steinmeier: „Wer Menschenleben rettet, kann kein Verbrecher sein“. Was soll das heißen? Gelten Gesetze oder höchstrichterliche Urteile nicht mehr, wenn die Hohepriester der richtigen Gesinnung in Deutschland so entscheiden – bei Bedarf auch gleich für andere souveräne Staaten mit? Sollten gesetzes-treue Bürger sich erst bei Bundespräsident Steinmeier oder Bischof Bedford-Strohm erkundigen, ob die Einhaltung von Gesetzen im konkreten Fall opportun ist? Viola Schneider, Kassel

Nicht vereinbar mit der christlichen Lehre

Innenminister Salvini schäumt vor Wut, weil Menschen vor dem Ertrinken im Mittelmeer gerettet werden, und will die Strafe für Seenotretter auf eine Million Euro erhöhen. Mit der christlichen Soziallehre ist das allerdings nicht vereinbar, und im Kommunikationsunterricht wird Salvini das wohl auch nicht gelernt haben. Salvini ist eher Rechtsaußenminister als Innenminister. Fritz Brehm, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/rackete

Die Termine schaffen keine Therapieplätze

Zu: „Spahns Eingriff“, FR-Wirtschaft vom 4. Juli

Sehr geehrter Herr Spahn, seit längerem drückt es mich, etwas zu Terminservice- und Versorgungsgesetz zu schreiben, weil vielleicht nicht allen die Realität einer psychotherapeutischen Praxis bekannt ist. Ich bin Psychologische Psychotherapeutin, aus Altersgründen – bin eigentlich im Rentenalter – mit einem halben Sitz. Mit dem ganzen Sitz habe ich 36 PatientInnen pro Woche behandelt, mit dem halben sind es jetzt 21/22 Patienten und Patientinnen. Ich „müsste“ nur zwölf behandeln.

Jetzt kommt das TSVG, und ich muss eine Therapiestunde pro Woche freihalten. Das tue ich. Den Patienten, der jetzt kommt, kann ich eigentlich nicht annehmen. Aber ich habe

Mitgefühl mit seinem Leid und setze ihn auf diesen eigentlich freizuhaltenen Termin, jede Woche. Der Termin ist nicht mehr frei, wird aber von der Kassenärztlichen Vereinigung vergeben, weil ich da ja jeden reinnehmen muss.

Den nächsten Patienten kläre ich darüber auf, dass er gerne zu dem mir von der Kassenärztlichen Vereinigung verordneten Termin kommen darf (wobei ich dem Patienten, der da drauf sitzt, seine Stunde wegnehme), dass ich aber in absehbarer Zeit keinen Therapieplatz frei habe. Dieser Patient lehnt deshalb dankend ab. Das habe für ihn keinen Sinn.

Wieder ein verordneter Termin von der Terminsicherheit. Den Patienten, dem ich schon

aus Not seinen wöchentlichen Termin weggenommen habe, muss ich „ausladen“. Es erscheint eine neue Patientin. Ihr geht es extrem schlecht. Ich habe Mitgefühl mit ihr. Irgendwie werde ich sie unterbringen, dann habe ich eben 22 Patientenstunden pro Woche. Was mache ich mit dem nächsten, der von der kassenärztliche Vereinigung geschickt wird?

Diese Termine sind nur „Kosmetik“, sie schaffen keine Therapieplätze! Das mag Sinn haben, wenn man einmal dringend zum Orthopäden oder zum Augenarzt muss. Bei Psychotherapeuten ist das völliger Nonsens! Ich wünschte, das ganze Prozedere würde überdacht.

Eleonore Poensgen, Frankfurt